



Hinweise und Anmerkungen für Lehrkräfte zu M2 & M3

- 🎯 **Dieser Abschnitt ist in zwei Teile unterteilt:**
 1. Überblick Verbraucherschutzgesetze und Rechte von Verbraucherinnen und Verbraucher in Bezug auf Online-Geschäfte als Präsentation für die Lehrkraft oder als [Videolink](#) für das Selbststudium durch die Lernenden (M2)
 2. Durchführung einer Fishbowl-Diskussion zu der Frage: **„Wie können wir als Gesellschaft junge Menschen besser vor den Gefahren des schnellen Geldes im Netz schützen und welche rechtlichen Rahmenbedingungen sind notwendig, um sie vor dubiosen Geschäftsmodellen zu bewahren?“** (M3)
- 🎯 Die Frage lenkt die Diskussion direkt auf das Thema des Verbraucherschutzes, insbesondere in Bezug auf den Schutz junger Menschen.
- 🎯 Die Lernenden sollen dabei die Ansichten und Programme der Parteien kritisch beleuchten und mögliche Maßnahmen und Gesetze zur Verbesserung des Schutzes diskutieren.
- 🎯 Sie sollen lernen, wie politische Entscheidungen den Verbraucherschutz und die Prävention von (Finanz-)betrug beeinflussen.
- 🎯 Am Ende der Diskussion sollten die Lernenden in der Lage sein, eine fundierte Meinung darüber zu bilden, welche Maßnahmen sinnvoll sind und welche Herausforderungen dabei bestehen.
- 🎯 Dieser Ansatz ermöglicht eine tiefe Auseinandersetzung mit den politischen und rechtlichen Aspekten des Themas und fördert gleichzeitig das Verständnis für die Positionen der verschiedenen Parteien.
- 🎯 Der Fishbowl findet mit Hilfe von Rollenkarten statt, welche die politischen Positionen der 6 großen Parteien des Deutschen Bundestages (Stand 08.2024) widerspiegeln.
- 🎯 Wichtig ist dabei die Anmerkung, dass die Parteien sich innerhalb ihrer Parteiprogramme nur sehr wenig mit gar nicht mit diesen konkreten Themen auseinandergesetzt haben. Vielmehr sind die Themen des allgemeinen Verbraucherschutzes und des Onlinehandels präsent.
- 🎯 Aus diesem Grund haben wir beschlossen, mit Hilfe von unterschiedlichen LLM¹ die Parteipositionen anhand ihrer politischen Ausrichtungen zu erweitern.

¹ LLM = Large-Language-Model (oder auch „Sprach-KI wie ChatGPT o.Ä.)



M2: Rechtliche und politische Möglichkeiten zum Schutz vor dubiosen Geschäftspraktiken in sozialen Netzwerken



Die genauen Inhalte der Parteiprogramme sind in der unten aufgeführten Box zu entnehmen.

Partei	Inhalte
CDU/CSU	Copilot Die CDU/CSU legt in ihrem Parteiprogramm großen Wert auf den Schutz junger Menschen vor den Gefahren des Internets und dubiosen Geschäftsmodellen. Hier sind einige relevante Punkte aus ihrem Programm: 1. Stärkung der digitalen Bildung: Die CDU/CSU betont die Notwendigkeit, digitale Kompetenzen bereits in der Schule zu vermitteln. Dies soll jungen Menschen helfen, die Risiken und Chancen des Internets besser zu verstehen und sich vor betrügerischen Angeboten zu schützen [1]. 2. Schutz vor Cyberkriminalität: Ein weiterer wichtiger Punkt ist der Schutz vor Cyberkriminalität. Die CDU/CSU setzt sich dafür ein, dass Straftaten im Internet, wie Cybermobbing und Grooming, konsequent verfolgt werden. Sie fordern, dass Cybermobbing europaweit als Straftat behandelt wird [1]. 3. Regulierung und Kontrolle: Die CDU/CSU spricht sich gegen eine generelle Chatkontrolle aus, setzt aber auf gezielte Maßnahmen, um Kinder und Jugendliche vor schädlichen Inhalten und dubiosen Geschäftsmodellen zu schützen [1]. 4. Förderung sicherer digitaler Räume: Die Partei möchte sichere digitale Räume schaffen, in denen junge Menschen sich ohne Angst vor Betrug oder Missbrauch bewegen können. Dies umfasst auch die Förderung von Initiativen und Programmen, die sich mit der Aufklärung und Prävention von Online-Betrug beschäftigen [1]. Diese Maßnahmen zeigen, dass die CDU/CSU das Thema ernst nimmt und konkrete Schritte plant, um junge Menschen besser zu schützen. Hast du noch weitere Fragen zu diesem Thema oder zu anderen Aspekten des Parteiprogramms der CDU/CSU? 😊 [1]: CDU/CSU Wahlprogramm zur Europawahl 2024 Quelle: Unterhaltung mit Copilot, 13.8.2024 1. Mit Sicherheit Europa - csu.de 2. Gemeinsames Europawahlprogramm von CDU und CSU: CSU 3. WAHLPROGRAMM DER UNION FÜR STABILITÄT UND ... - CSU 4. WAHLPROGRAMM DER UNION FÜR STABILITÄT UND ... - CSU 5. Sofortprogramm: Die richtigen Weichen stellen - CDU
SPD	Copilot Die SPD hat in ihrem Parteiprogramm ebenfalls Maßnahmen vorgesehen, um junge Menschen vor den Gefahren des schnellen Geldes im Internet und dubiosen Geschäftsmodellen zu schützen. Hier sind einige relevante Punkte: 1. Digitale Bildung und Aufklärung: Die SPD setzt sich dafür ein, dass digitale Kompetenzen und Medienkompetenz verstärkt in Schulen und Bildungseinrichtungen vermittelt werden. Dies soll jungen Menschen helfen, die Risiken im Internet besser zu erkennen und sich vor betrügerischen Angeboten zu schützen [1]. 2. Schutz vor Cyberkriminalität: Die SPD betont die Notwendigkeit eines konsequenten Vorgehens gegen Cyberkriminalität. Dazu gehört auch die Bekämpfung von Hasskriminalität im Netz und die Einrichtung von Kompetenzzentren, die sich mit der Analyse und Bekämpfung von Online-Betrug und Hasskampagnen beschäftigen [2]. 3. Regulierung und Kontrolle: Die SPD fordert klare rechtliche Rahmenbedingungen, um dubiose Geschäftsmodelle im Internet zu unterbinden. Dies umfasst strengere Regulierungen und Kontrollen von Online-Plattformen sowie die Durchsetzung bestehender Gesetze [2]. 4. Förderung sicherer digitaler Räume: Die Partei möchte sichere digitale Räume schaffen, in denen junge Menschen ohne Angst vor Betrug oder Missbrauch agieren können. Dies beinhaltet auch die Unterstützung von Initiativen und Programmen zur Aufklärung und Prävention [1]. Diese Maßnahmen zeigen, dass die SPD das Thema ernst nimmt und konkrete Schritte plant, um junge Menschen besser zu schützen. Gibt es noch weitere Fragen oder Themen, die dich interessieren? 😊 [1]: SPD Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021 [2]: SPD Fraktionsbeschluss „Sicherheit für alle“ Quelle: Unterhaltung mit Copilot, 13.8.2024 1. Sicherheit für alle! Sozialdemokratische Innenpolitik für mehr ... 2. Hate Speech im Netz bekämpfen: Das versprechen die Parteien in ihren ... 3. SPD.de: Leichte Sprache 4. SPD.de: Programm



M2: Rechtliche und politische Möglichkeiten zum Schutz vor dubiosen Geschäftspraktiken in sozialen Netzwerken

B90/Grüne

Copilot

Die Grünen haben in ihrem Parteiprogramm verschiedene Maßnahmen vorgesehen, um junge Menschen vor den Gefahren des schnellen Geldes im Internet und dubiosen Geschäftsmodellen zu schützen. Hier sind einige relevante Punkte:

1. **Digitale Bildung und Medienkompetenz:** Die Grünen setzen sich dafür ein, dass digitale Bildung und Medienkompetenz in Schulen und Bildungseinrichtungen gestärkt werden. Dies soll jungen Menschen helfen, die Risiken im Internet besser zu erkennen und sich vor betrügerischen Angeboten zu schützen [1].
2. **Schutz vor Cyberkriminalität:** Die Grünen betonen die Notwendigkeit eines konsequenten Vorgehens gegen Cyberkriminalität. Dazu gehört auch die Bekämpfung von Hasskriminalität im Netz und die Einrichtung von Kompetenzzentren, die sich mit der Analyse und Bekämpfung von Online-Betrug und Hasskampagnen beschäftigen [2].
3. **Regulierung und Kontrolle:** Die Grünen fordern klare rechtliche Rahmenbedingungen, um dubiose Geschäftsmodelle im Internet zu unterbinden. Dies umfasst strengere Regulierungen und Kontrollen von Online-Plattformen sowie die Durchsetzung bestehender Gesetze [2].
4. **Förderung sicherer digitaler Räume:** Die Partei möchte sichere digitale Räume schaffen, in denen junge Menschen ohne Angst vor Betrug oder Missbrauch agieren können. Dies beinhaltet auch die Unterstützung von Initiativen und Programmen zur Aufklärung und Prävention [1].

Diese Maßnahmen zeigen, dass die Grünen das Thema ernst nehmen und konkrete Schritte planen, um junge Menschen besser zu schützen.

Gibt es noch weitere Fragen oder Themen, die dich interessieren? 😊

[1]: [Das neue Grundsatzprogramm - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN](#) [2]: [Veränderung schafft Halt. - gruene.de](#)

Quelle: Unterhaltung mit Copilot, 13.8.2024

1. [Das neue Grundsatzprogramm - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN](#)
2. [Veränderung schafft Halt. - gruene.de](#)
3. [DEUTSCHLAND. ALLES IST DRIN. - gruene.de](#)
4. [Digitalpolitik & Netzpolitik - Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen](#)
5. [Unser Land kann viel, wenn man es lässt. - gruene.de](#)

FDP

Copilot

Die FDP hat in ihrem Parteiprogramm verschiedene Maßnahmen vorgesehen, um junge Menschen vor den Gefahren des schnellen Geldes im Internet und dubiosen Geschäftsmodellen zu schützen. Hier sind einige relevante Punkte:

1. **Digitale Bildung und Medienkompetenz:** Die FDP setzt sich dafür ein, dass digitale Bildung und Medienkompetenz in Schulen und Bildungseinrichtungen gestärkt werden. Dies soll jungen Menschen helfen, die Risiken im Internet besser zu erkennen und sich vor betrügerischen Angeboten zu schützen [1].
2. **Schutz vor Cyberkriminalität:** Die FDP betont die Notwendigkeit eines konsequenten Vorgehens gegen Cyberkriminalität. Dazu gehört auch die Bekämpfung von Hasskriminalität im Netz und die Einrichtung von Kompetenzzentren, die sich mit der Analyse und Bekämpfung von Online-Betrug und Hasskampagnen beschäftigen [2].
3. **Regulierung und Kontrolle:** Die FDP fordert klare rechtliche Rahmenbedingungen, um dubiose Geschäftsmodelle im Internet zu unterbinden. Dies umfasst strengere Regulierungen und Kontrollen von Online-Plattformen sowie die Durchsetzung bestehender Gesetze [2].
4. **Förderung sicherer digitaler Räume:** Die Partei möchte sichere digitale Räume schaffen, in denen junge Menschen ohne Angst vor Betrug oder Missbrauch agieren können. Dies beinhaltet auch die Unterstützung von Initiativen und Programmen zur Aufklärung und Prävention [1].

Diese Maßnahmen zeigen, dass die FDP das Thema ernst nimmt und konkrete Schritte plant, um junge Menschen besser zu schützen.

Gibt es noch weitere Fragen oder Themen, die dich interessieren? 😊

[1]: [Programme der Freien Demokraten | FDP](#) [2]: [Kurzwahlprogramm der Freien Demokraten | FDP](#)

Quelle: Unterhaltung mit Copilot, 13.8.2024

1. [Programme der Freien Demokraten | FDP](#)
2. [Kurzwahlprogramm der Freien Demokraten | FDP](#)
3. [Kindergrundsicherung - Bessere Chancen für Kinder und Jugendliche | FDP](#)
4. [Das Wahlprogramm der Freien Demokraten zur Europawahl 2024 | FDP](#)



M2: Rechtliche und politische Möglichkeiten zum Schutz vor dubiosen Geschäftspraktiken in sozialen Netzwerken

Die Linke

Copilot

Die Linke hat in ihrem Parteiprogramm verschiedene Maßnahmen vorgesehen, um junge Menschen vor den Gefahren des schnellen Geldes im Internet und dubiosen Geschäftsmodellen zu schützen. Hier sind einige relevante Punkte:

1. **Digitale Bildung und Medienkompetenz:** Die Linke setzt sich dafür ein, dass digitale Bildung und Medienkompetenz in Schulen und Bildungseinrichtungen gestärkt werden. Dies soll jungen Menschen helfen, die Risiken im Internet besser zu erkennen und sich vor betrügerischen Angeboten zu schützen [1].
2. **Schutz vor Cyberkriminalität:** Die Linke betont die Notwendigkeit eines konsequenten Vorgehens gegen Cyberkriminalität. Dazu gehört auch die Bekämpfung von Hasskriminalität im Netz und die Einrichtung von Kompetenzzentren, die sich mit der Analyse und Bekämpfung von Online-Betrug und Hasskampagnen beschäftigen [2].
3. **Regulierung und Kontrolle:** Die Linke fordert klare rechtliche Rahmenbedingungen, um dubiose Geschäftsmodelle im Internet zu unterbinden. Dies umfasst strengere Regulierungen und Kontrollen von Online-Plattformen sowie die Durchsetzung bestehender Gesetze [2].
4. **Förderung sicherer digitaler Räume:** Die Partei möchte sichere digitale Räume schaffen, in denen junge Menschen ohne Angst vor Betrug oder Missbrauch agieren können. Dies beinhaltet auch die Unterstützung von Initiativen und Programmen zur Aufklärung und Prävention [1].

Diese Maßnahmen zeigen, dass Die Linke das Thema ernst nimmt und konkrete Schritte plant, um junge Menschen besser zu schützen.

Gibt es noch weitere Fragen oder Themen, die dich interessieren? 😊

[1]: [Soziale Sicherheit für alle - DIE LINKE](#) [2]: [Programm der Partei Die Linke](#)

Quelle: Unterhaltung mit Copilot, 13.8.2024

1. [Soziale Sicherheit für alle - DIE LINKE](#)
2. [Programm der Partei Die Linke](#)
3. [Für eine Digitalisierung, die den Menschen nützt - DIE LINKE](#)

AfD

Copilot

Die AfD hat in ihrem Parteiprogramm verschiedene Maßnahmen vorgesehen, um junge Menschen vor den Gefahren des schnellen Geldes im Internet und dubiosen Geschäftsmodellen zu schützen. Hier sind einige relevante Punkte:

1. **Digitale Bildung und Medienkompetenz:** Die AfD setzt sich dafür ein, dass digitale Bildung und Medienkompetenz in Schulen und Bildungseinrichtungen gestärkt werden. Dies soll jungen Menschen helfen, die Risiken im Internet besser zu erkennen und sich vor betrügerischen Angeboten zu schützen [1].
2. **Schutz vor Cyberkriminalität:** Die AfD betont die Notwendigkeit eines konsequenten Vorgehens gegen Cyberkriminalität. Dazu gehört auch die Bekämpfung von Hasskriminalität im Netz und die Einrichtung von Kompetenzzentren, die sich mit der Analyse und Bekämpfung von Online-Betrug und Hasskampagnen beschäftigen [2].
3. **Regulierung und Kontrolle:** Die AfD fordert klare rechtliche Rahmenbedingungen, um dubiose Geschäftsmodelle im Internet zu unterbinden. Dies umfasst strengere Regulierungen und Kontrollen von Online-Plattformen sowie die Durchsetzung bestehender Gesetze [2].
4. **Förderung sicherer digitaler Räume:** Die Partei möchte sichere digitale Räume schaffen, in denen junge Menschen ohne Angst vor Betrug oder Missbrauch agieren können. Dies beinhaltet auch die Unterstützung von Initiativen und Programmen zur Aufklärung und Prävention [1].

Diese Maßnahmen zeigen, dass die AfD das Thema ernst nimmt und konkrete Schritte plant, um junge Menschen besser zu schützen.

Gibt es noch weitere Fragen oder Themen, die dich interessieren? 😊

[1]: [Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag](#) [2]: [Grundsatzprogramm - Alternative für Deutschland](#)

Quelle: Unterhaltung mit Copilot, 13.8.2024

1. [Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen ...](#)
2. [Grundsatzprogramm - Alternative für Deutschland](#)
3. [Europawahl 2024: AfD verbreitet Tabelle, die anderen ... - CORRECTIV](#)



M2: Rechtliche und politische Möglichkeiten zum Schutz vor dubiosen Geschäftspraktiken in sozialen Netzwerken

- Ein Überblick, wofür die Parteien laut Rollenkarten stehen, ist in der nachfolgenden Tabelle zu finden:

Partei	Forderungen & Maßnahmen	Begründung
CDU/CSU	- Stärkung der digitalen Bildung in Schulen - Förderung sicherer digitaler Räume durch freiwillige Selbstverpflichtungen der Plattformen - Schutz vor Cyberkriminalität durch verschärfte Strafverfolgung und europäische Kooperationen	CDU/CSU setzt auf individuelle Verantwortung und freiwillige Selbstverpflichtung der Unternehmen sowie strikte Strafverfolgung, um die digitale Souveränität und Sicherheit zu gewährleisten.
SPD	- Einführung einer "Digitalen Verbraucherschutzbehörde" zur Überwachung digitaler Geschäftsmodelle - Pflichtfach "Digitale Kompetenz und Finanzbildung" in Schulen - Stärkere Einbindung der Zivilgesellschaft durch "Digitale Bürgerforen" - Verschärfung des Jugendschutzgesetzes	Die SPD betont die Notwendigkeit staatlicher Kontrolle, umfassender Bildung und Schutzmaßnahmen, um Chancengleichheit und den Schutz junger Menschen zu gewährleisten.
Bündnis 90/Grüne	- Verpflichtendes Mindestalter von 18 Jahren für risikante Finanzgeschäfte im Netz - Stärkung der digitalen Bildung und Medienkompetenz in Schulen - Verschärfte Regulierung von Plattformen und digitalen Geschäftsmodellen, inkl. der Abschaffung von Bezahlmodellen für Klicks und Reichweite (mögliche Idee) - Förderung sicherer digitaler Räume für junge Menschen	Die Grünen legen großen Wert auf präventive Maßnahmen durch Bildung und strikte gesetzliche Regelungen, um junge Menschen vor digitalen Risiken zu schützen. Eine Altersgrenze soll zusätzliche Sicherheit bieten.
FDP	- Finanzen und Wirtschaft - Transparenzpflichten für Plattformen und Anbieter - Warnsystems auf Plattformen - Stärkung der Verbraucherrechte - Entwicklung von KI-gestützten Algorithmen „Verbraucher-Scoring-App“	Die FDP setzt auf Innovation und Eigenverantwortung und kombiniert technologiebasierte Schutzmaßnahmen mit staatlicher Unterstützung für Eltern.
Die Linke	- Strenge Regulierung von Online-Plattformen - eine staatliche Aufsichtsbehörde schaffen - Monetarisierung von Klicks und Reichweiten durch Plattformen komplett verbieten - Verbot von gefährlichen Finanzgeschäften und Lizenzentzug der Plattformen, bei Missachtung - Kostenfreie digitale Bildungsangebote - Verbot von Monetarisierung durch Influencer bei Minderjährigen	Die Linke fordert umfassende staatliche Eingriffe und strikte Kontrollen, um die Bevölkerung, besonders die jungen und schwachen, vor der Ausbeutung durch digitale Geschäftsmodelle zu schützen.
AfD	- Bildung statt Verbote - Stärkere Strafverfolgung von Betrügern - Keine übermäßige Kontrolle des Internets - Aufklärung statt Verbote	Die AfD legt den Fokus auf nationale Kontrolle, den Schutz traditioneller Werte und individuelle Verantwortung im digitalen Raum, wobei umfassende staatliche Eingriffe abgelehnt werden



Neben der Diskussionsfrage: „**Wie können wir als Gesellschaft junge Menschen besser vor den Gefahren des schnellen Geldes im Netz schützen und welche rechtlichen Rahmenbedingungen sind notwendig, um sie vor dubiosen Geschäftsmodellen zu bewahren?**“, könnten folgende diskussionslenkende Fragen gestellt werden, um die Diskussion gezielt zu lenken und unterschiedliche Aspekte des Themas zu beleuchten:

1. Bildung und Aufklärung:

- Welche Rolle sollte die Schule bei der Aufklärung über dubiose Geschäftsmodelle im Internet spielen?
- Ist ein Pflichtfach "Digitale und finanzielle Bildung" notwendig, um junge Menschen auf die Gefahren im Netz vorzubereiten?
- Wie können Eltern und die Zivilgesellschaft besser in die Aufklärung und den Schutz junger Menschen eingebunden werden?

2. Regulierung und Kontrolle:

- Welche Maßnahmen sollten ergriffen werden, um dubiose Geschäftsmodelle im Internet besser zu kontrollieren und zu regulieren?
- Wäre eine strengere Regulierung von Social-Media-Plattformen, auf denen diese Modelle verbreitet werden, sinnvoll und machbar?
- Sollte das Mindestalter für die Teilnahme an bestimmten Online-Plattformen oder Geschäftsmodellen auf 18 Jahre angehoben werden?

3. Strafverfolgung und Sanktionen:

- Inwieweit sollten strafrechtliche Sanktionen gegen Betreiber dubioser Geschäftsmodelle verschärft werden?
- Welche Rolle sollte die internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Online-Betrug spielen?

4. Technologische Lösungen:

- Wie können technologische Lösungen, wie Künstliche Intelligenz und Filtersoftware, genutzt werden, um junge Menschen vor Betrug im Netz zu schützen?
- Sollten Online-Plattformen verpflichtet werden, solche Technologien einzusetzen, um betrügerische Aktivitäten frühzeitig zu erkennen und zu unterbinden?

5. Verantwortung der Plattformen:

- Inwieweit sollten Social-Media-Plattformen für die Verbreitung dubioser Geschäftsmodelle mitverantwortlich gemacht werden?
- Wäre es sinnvoll, das Bezahlungssystem für Klicks und Reichweite zu regulieren oder sogar zu verbieten, um den Anreiz für betrügerische Modelle zu verringern?

6. Perspektive der Jugendlichen:

- Wie können junge Menschen selbstbewusst und kritisch mit Angeboten im Internet umgehen lernen?
- Welche Unterstützungsangebote sollten für Jugendliche geschaffen werden, die bereits in solche Geschäftsmodelle geraten sind?

Da viele der Parteiforderung die Stärken der Medienkompetenz junger Menschen und eine damit verbundene Forderung nach Aufklärung in der Schule und der Eltern, sollten die Lernenden nach der Reflexion der Methode auch nach deren Einschätzungen zur Sinnhaftigkeit der angesprochenen Lösungsansätze befragt werden.

Auch sollten die Schülerinnen und Schüler an dieser Stelle selbst zu Wort kommen und die eingehende Diskussionsfrage aus Ihrer Sicht beantworten.



Rechtliche und politische Möglichkeiten zum Schutz vor dubiosen Geschäftspraktiken in sozialen Netzwerken

M2: Rechtliche Grundlagen



Arbeitsauftrag:

Klicken Sie auf das Bild oder scannen Sie den sich darin hinterlegten QR-Code, um sich über die Verbraucherschutzgesetze und Rechte von Verbraucherinnen und Verbraucher in Bezug auf Onlinegeschäfte zu informieren.



M3: Möglichkeiten der Politik

„Wie können wir als Gesellschaft junge Menschen besser vor den Gefahren des schnellen Geldes im Netz schützen und welche rechtlichen Rahmenbedingungen sind notwendig, um sie vor dubiosen Geschäftsmodellen zu bewahren?“

Sie haben sich bereits mit den Gefahren des "schnellen Geldes" im Internet und dem Verbraucherschutz auseinandergesetzt. Nun wenden Sie sich den politischen Lösungsansätzen zu. Dies geschieht mit Hilfe der Fish-Bowl-Methode, welche weiter unten erklärt wird.

Warum politische Lösungen wichtig sind:

- Sie schaffen den gesetzlichen Rahmen für Schutzmaßnahmen
- Sie beeinflussen Bildungsprogramme und Präventionsstrategien
- Sie können systemische Veränderungen bewirken

In einer Demokratie gibt es nicht den einen richtigen Weg. Verschiedene Parteien vertreten unterschiedliche Ansätze, die von ihren Werten, Prioritäten und ihrer Wählerschaft geprägt sind. Diese Vielfalt ist wertvoll, denn sie ermöglicht es das Problem aus verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten.

Zu beachten ist:

Die nachfolgend vorgeschlagenen Parteiempfehlungen und Ideen entsprechen nur im Ansatz der realen Inhalte der jeweiligen Parteiprogramme. Da die Parteien sich noch nicht mit dem hier behandelten Thema allzu stark befasst haben, wurden die Texte mit kreativ sowie mit Hilfe einer KI erweitert und an die politische Ausrichtung der einzelnen Parteien generiert!



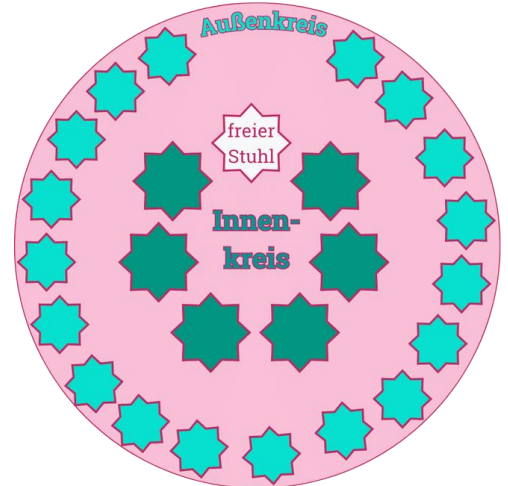
In der Fishbowl-Diskussion werden Sie:

- Die Standpunkte verschiedener Parteien kennenlernen und vertreten (M3a-M3f)
- Unterschiedliche politische Ansätze kritisch hinterfragen
- Stärken und Schwächen verschiedener Vorschläge erkennen
- Eine fundierte eigene Meinung entwickeln



Bedenken Sie: Politik ist komplex!

Es geht darum, verschiedene Interessen abzuwägen und praktikable Lösungen zu finden. Ihre Aufgabe ist es, offen für neue Ideen zu sein, diese kritisch zu hinterfragen und zu einer ausgewogenen Einschätzung zu gelangen.



Informationen zur Fish-Bowl-Diskussion

Die Fish-Bowl-Methode ist eine dynamische Form der Gruppendiskussion. Hier erfahren Sie, wie Sie vorgehen werden:

Vorbereitung: - Sie werden in Gruppen eingeteilt. - Jede Gruppe erhält Informationen zu einer politischen Partei. - Erarbeiten Sie gemeinsam in Ihrer Gruppe die Position Ihrer Partei zu der oben genannten Fragestellung. - Bereiten Sie Argumente vor und einigen Sie sich auf die Person für den inneren Kreis	Aufbau: - Im Raum werden Stühle in zwei Kreisen angeordnet: - Ein innerer Kreis mit 6 Stühlen ("das Aquarium") + 1 „Moderationsstuhl“ - Es wird einen „Hot-Seat“ geben, der von den nicht dauerhaft an der Diskussion Teilnehmenden abwechselnd besetzt werden kann, wenn diese auch etwas sagen wollen. - Ein äußerer Kreis mit Stühlen für alle übrigen Teilnehmenden	Ablauf der Diskussion: - Sechs Teilnehmende beginnen im inneren Kreis und vertreten ihre Parteipositionen. - Die übrigen Teilnehmenden sitzen im äußeren Kreis und beobachten. - Ein Stuhl im inneren Kreis bleibt stets frei („Hot-Seat“). - Teilnehmenden aus dem äußeren Kreis können jederzeit auf den freien Stuhl wechseln, um sich an der Diskussion zu beteiligen. (Achtung: auch hier gilt die Parteiposition zu beachten!)
Moderation: - Eine Moderation leitet die Diskussion, stellt Fragen und achtet auf die Einhaltung der Regeln. - Sie kann auch neue Aspekte in die Diskussion einbringen.	Regeln: - Sprechen Sie nur, wenn Sie im inneren Kreis sitzen. - Halten Sie Ihre Beiträge kurz und prägnant. - Bleiben Sie in Ihrer zugewiesenen Rolle. - Hören Sie aufmerksam zu und reagieren Sie auf die Argumente anderer. - Seien Sie respektvoll, auch wenn Sie anderer Meinung sind.	Abschluss: - Nach der festgelegten Zeit beenden wir die Diskussion. - Wir reflektieren gemeinsam über die verschiedenen Standpunkte und Ihre Erfahrungen. - Im Anschluss daran sammeln wir die genannten Parteipositionen und vergleichen Sie mit Ihren eigenen Meinungen zu der Ausgangsfrage.



M3a: Vorbereitung auf die Fishbowl-Diskussion | CDU/CSU

Arbeitsauftrag:



1. Lesen Sie den nachfolgenden Informationstext.
2. Stellen Sie innerhalb Ihrer Gruppe sicher, dass alle die Inhalte des Informationstextes verstanden haben.
3. Notieren Sie die wesentlichen Forderungen der Ihnen zugeordneten Partei.
4. Entscheiden Sie gemeinsam in der Gruppe, wer von Ihnen die Ansichten der Partei im inneren Kreis der Fishbowl-Diskussion vertreten wird.



Informationstext (Network-Navigator):

Einführung

Die CDU/CSU ist eine konservative Volkspartei im Mitte-rechts-Spektrum, die sich für die Erhaltung und Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft sowie für die Stärkung von Familien und innerer Sicherheit einsetzt. In Anbetracht der zunehmenden Gefahren des Internets, insbesondere für junge Menschen, sieht die CDU/CSU einen dringenden Handlungsbedarf, um Schutzmechanismen zu etablieren, die junge Menschen vor den Risiken des schnellen Geldes im Netz bewahren. Der Schutz der Jugend und die Stärkung von Kompetenzen im Umgang mit digitalen Medien stehen hierbei im Vordergrund der politischen Agenda der CDU/CSU.

Politische Forderungen und erweiterte Vorschläge

Die CDU/CSU hat in ihrem Parteiprogramm die Bedeutung digitaler Bildung und Medienkompetenz in Schulen hervorgehoben. Diese Bildungsmaßnahmen sollen junge Menschen dazu befähigen, die Risiken und Chancen des Internets besser zu erkennen und sich vor betrügerischen Angeboten zu schützen. Ergänzend dazu plant die CDU/CSU die Schaffung bundesweiter "Digitale Kompetenzzentren" an Schulen, die als Anlaufstellen für Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern dienen sollen. Diese Zentren sollen gezielte Schulungen und Workshops anbieten, um das Bewusstsein für Online-Gefahren zu schärfen und praktische Schutzmaßnahmen zu vermitteln.

Im Kampf gegen Cyberkriminalität fordert die CDU/CSU ein konsequenteres Vorgehen und plant die Einführung eines spezialisierten "Internet-Ermittlungsdienstes" innerhalb der Polizei. Dieser Dienst soll gezielt gegen digitale Betrugsmodelle vorgehen, die sich insbesondere an junge Menschen richten. Durch eine enge Zusammenarbeit mit internationalen Partnern sollen solche kriminellen Netzwerke effizienter zerschlagen werden, um den Opfern frühzeitig Schutz zu bieten und präventive Maßnahmen zu entwickeln.



Ein weiteres zentrales Anliegen der CDU/CSU ist die Regulierung und Kontrolle von Online-Plattformen. Um junge Menschen vor schädlichen Inhalten und dubiosen Geschäftsmodellen zu schützen, plant die CDU/CSU die Einführung eines Gesetzes zur "Verantwortlichkeit digitaler Plattformen". Dieses Gesetz soll Plattformen dazu verpflichten, verdächtige Inhalte und betrügerische Angebote unverzüglich zu melden und zu entfernen. Verstöße gegen diese Regelungen könnten mit hohen Geldstrafen geahndet werden. Diese Maßnahme soll sicherstellen, dass Plattformen ihrer Verantwortung gerecht werden und aktiv zum Schutz junger Nutzer beitragen.

Zusätzlich setzt die CDU/CSU auf die Stärkung der Elternkompetenz. Durch bundesweite Schulungsprogramme sollen Eltern in die Lage versetzt werden, ihre Kinder besser vor den Gefahren des Internets zu schützen. Diese Programme könnten an Volkshochschulen und Familienzentren angeboten werden und Eltern dabei unterstützen, die Online-Aktivitäten ihrer Kinder zu überwachen und ihnen gleichzeitig einen sicheren Umgang mit digitalen Medien zu ermöglichen.

Fazit

Die CDU/CSU verfolgt eine umfassende Strategie zum Schutz junger Menschen vor den Gefahren des schnellen Geldes im Netz. Durch die Förderung digitaler Bildung, den verstärkten Kampf gegen Cyberkriminalität und die Einführung klarer rechtlicher Rahmenbedingungen soll ein sicheres digitales Umfeld geschaffen werden. Die CDU/CSU beantwortet die zentrale Frage „Wie können wir als Gesellschaft junge Menschen besser vor den Gefahren des schnellen Geldes im Netz schützen und welche rechtlichen Rahmenbedingungen sind notwendig, um sie vor dubiosen Geschäftsmodellen zu bewahren?“ mit einem klaren Fokus auf präventive Bildung, verstärkte rechtliche Kontrolle und die Einbindung der Eltern als erste Schutzinstanz. Diese Maßnahmen sollen die Sicherheit und Verantwortung im digitalen Raum fördern und jungen Menschen einen sicheren Umgang mit den Möglichkeiten und Risiken des Internets ermöglichen.



M3a: Vorbereitung auf die Fishbowl-Diskussion | CDU/CSU

Arbeitsauftrag:



1. Lesen Sie den nachfolgenden Informationstext.
2. Stellen Sie innerhalb Ihrer Gruppe sicher, dass alle die Inhalte des Informationstextes verstanden haben.
3. Notieren Sie die wesentlichen Forderungen Ihrer Partei.
4. Entscheiden Sie gemeinsam in der Gruppe, wer von Ihnen die Ansichten der Partei im inneren Kreis der Fishbowl-Diskussion vertreten, wird.



Informationstext (Pixel Pioneer)

Was ist die CDU/CSU und wofür setzt sie sich ein?

- Die CDU/CSU ist eine Partei, die in der politischen Mitte etwas rechts steht. Sie möchte die soziale Marktwirtschaft bewahren und verbessern. Außerdem setzt sie sich für Familien und mehr Sicherheit im Land ein. Die Partei sieht, dass das Internet für junge Menschen gefährlich sein kann, besonders wenn es um schnelles Geld geht. Deshalb will die CDU/CSU junge Leute besser schützen. Sie möchte auch, dass junge Menschen lernen, gut mit dem Internet umzugehen.

Wie will die CDU/CSU junge Menschen in Schulen schützen?

- Die CDU/CSU findet es wichtig, dass Schüler in der Schule über das Internet lernen. Sie sollen verstehen, was im Internet gut und was gefährlich ist. Die Partei möchte auch "Digitale Kompetenzzentren" in Schulen einrichten. Hier können Schüler und Eltern hingehen, wenn sie Fragen zum Internet haben. In diesen Zentren soll es Kurse geben, die zeigen, wie man sich im Internet schützt.

Was plant die CDU/CSU gegen Internetkriminalität?

Die CDU/CSU will härter gegen Verbrechen im Internet vorgehen. Sie möchte einen besonderen "Internet-Ermittlungsdienst" bei der Polizei einrichten. Dieser soll sich um Betrugereien im Internet kümmern, die vor allem junge Leute treffen. Die Polizei soll auch mit anderen Ländern zusammenarbeiten, um Verbrecher im Internet zu stoppen.

Wie sollen Internet-Plattformen kontrolliert werden?

Die CDU/CSU plant ein neues Gesetz. Es heißt "Verantwortlichkeit digitaler Plattformen". Dieses Gesetz soll Internet-Plattformen zwingen, gefährliche Inhalte und Betrugsangebote schnell zu melden und zu löschen. Wenn die Plattformen das nicht tun, müssen sie viel Geld bezahlen. So sollen junge Leute im Internet besser geschützt werden.



Wie sollen Eltern unterstützt werden?

- 30 Die CDU/CSU möchte auch Eltern helfen. Sie plant Kurse in ganz Deutschland, in denen Eltern lernen, wie sie ihre Kinder im Internet schützen können. Diese Kurse sollen in Volkshochschulen und Familienzentren stattfinden. Eltern sollen lernen, was ihre Kinder im Internet machen und wie sie ihnen beibringen können, das Internet sicher zu nutzen.

Was will die CDU/CSU insgesamt erreichen?

Die CDU/CSU hat einen großen Plan, um junge Menschen vor den Gefahren des schnellen Geldes im Internet zu schützen. Sie möchte:

- 35
-  Jungen Menschen in der Schule beibringen, wie sie das Internet sicher nutzen.
 -  Härter gegen Internetkriminalität vorgehen.
 -  Internet-Plattformen zwingen, gefährliche Inhalte zu entfernen.
 -  Eltern helfen, ihre Kinder im Internet zu schützen.

Mit diesen Maßnahmen will die Partei dafür sorgen, dass junge Menschen sicher im Internet surfen können und sich vor Gefahren schützen können



M3b: Vorbereitung auf die Fishbowl-Diskussion | SPD

Arbeitsauftrag:



1. Lesen Sie den nachfolgenden Informationstext.
2. Stellen Sie innerhalb Ihrer Gruppe sicher, dass alle die Inhalte des Informationstextes verstanden haben.
3. Notieren Sie die wesentlichen Forderungen der Ihnen zugeordneten Partei.
4. Entscheiden Sie gemeinsam in der Gruppe, wer von Ihnen die Ansichten der Partei im inneren Kreis der Fishbowl-Diskussion vertreten wird.



Informationstext (Network-Navigator):

Einführung

Die SPD ist als Partei der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit bekannt. Ihr Fokus liegt auf der staatlichen Verantwortung, Bürgerinnen und Bürger vor Ausbeutung und Ungerechtigkeiten zu schützen. Angesichts der wachsenden Risiken des schnellen Geldes im Internet setzt die SPD auf eine verstärkte staatliche Kontrolle und umfassende Bildung, um die Verbraucherrechte – insbesondere die junger Menschen – zu stärken. Die SPD betrachtet den Staat als Garant für fairen Wettbewerb und sozialen Schutz und betont, dass wirtschaftliche Chancen mit sozialer Verantwortung einhergehen müssen.

Politische Forderungen und erweiterte Vorschläge

Ein zentrales Anliegen der SPD ist die staatliche Regulierung von Online-Plattformen. Anders als die CDU/CSU, die auf Selbstverpflichtung und Eigenverantwortung der Plattformen setzt, fordert die SPD eine strikte staatliche Aufsicht. Die SPD plant die Einführung einer "Digitalen Verbraucherschutzbehörde", die für die Kontrolle und Überwachung aller Online-Geschäftsmodelle zuständig ist. Diese Behörde soll befugt sein, dubiose Plattformen zu sperren und strenge Auflagen für digitale Geschäftsmodelle zu erlassen, um den Schutz von Verbrauchern, insbesondere von jungen Menschen, zu gewährleisten.

Im Bereich der Bildung setzt die SPD auf eine staatlich geförderte, umfassende Ausbildung in digitaler und finanzieller Bildung. Die Partei fordert die Einführung eines Pflichtfachs "Digitale Kompetenz und Finanzbildung" in allen Schulen. Dieses Fach soll Schülerinnen und Schülern nicht nur den sicheren Umgang mit digitalen Medien vermitteln, sondern auch finanzielle Grundkenntnisse und das Erkennen von betrügerischen Geschäftsmodellen lehren. Die SPD sieht hierin eine Möglichkeit, Chancengleichheit zu fördern und alle Kinder und Jugendlichen auf die Herausforderungen der digitalen Welt vorzubereiten, unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund.



30 Die SPD fordert zudem eine stärkere Einbindung der Zivilgesellschaft in den Schutz junger Menschen vor dubiosen Online-Angeboten. Die Partei plant die Einrichtung von "Digitalen Bürgerforen", in denen Jugendliche, Eltern, Lehrer und Experten regelmäßig über aktuelle Gefahren im Internet und effektive Schutzmaßnahmen diskutieren können. Diese Foren sollen von staatlicher Seite unterstützt und gefördert werden und als Plattform für den Austausch von Erfahrungen und Wissen dienen.

35 Ein weiterer zentraler Punkt der SPD ist der rechtliche Schutz von Minderjährigen im digitalen Raum. Die Partei fordert eine Verschärfung des Jugendschutzgesetzes, um sicherzustellen, dass Jugendliche unter 18 Jahren keinen Zugang zu hochriskanten Finanzprodukten oder Geschäftsmodellen im Internet erhalten. Plattformen, die gegen diese Regelungen verstoßen, sollen hohe Strafen zahlen und im Wiederholungsfall ihre Betriebserlaubnis verlieren. Diese Maßnahmen zielen darauf ab, die besonders schutzbedürftigen Gruppen vor finanzieller Ausbeutung zu bewahren.

Fazit

45 Die SPD setzt stark auf den Staat als Regulierungsinstanz, um junge Menschen vor den Gefahren des schnellen Geldes im Netz zu schützen. Dabei stehen umfassende staatliche Eingriffe und die Förderung von Bildung im Vordergrund. Ergänzt durch mögliche extreme Maßnahmen wie das Verbot von Klick-Monetarisierungsmodellen soll sichergestellt werden, dass dubiose Geschäftsmodelle in Deutschland keine Chance haben. Die zentrale Frage „Wie können wir als Gesellschaft junge Menschen besser vor den Gefahren des schnellen Geldes im Netz schützen und welche rechtlichen Rahmenbedingungen sind notwendig, um sie vor dubiosen Geschäftsmodellen zu bewahren?“ beantwortet die SPD mit einem klaren Bekenntnis zu mehr staatlicher Kontrolle, Bildung und strengeren Jugendschutzregelungen.



M3b: Vorbereitung auf die Fishbowl-Diskussion | SPD

Arbeitsauftrag:



1. Lesen Sie den nachfolgenden Informationstext.
2. Stellen Sie innerhalb Ihrer Gruppe sicher, dass alle die Inhalte des Informationstextes verstanden haben.
3. Notieren Sie die wesentlichen Forderungen Ihrer Partei.
4. Entscheiden Sie gemeinsam in der Gruppe, wer von Ihnen die Ansichten der Partei im inneren Kreis der Fishbowl-Diskussion vertreten, wird.



Informationstext (Pixel Pioneer)

Was ist die SPD und wofür steht sie?

- Die SPD ist eine Partei, die für Gerechtigkeit und gleiche Chancen für alle eintritt. Sie glaubt, dass der Staat eine wichtige Rolle in Bildung und Verbraucherschutz spielen sollte. Die SPD sieht, dass es im Internet viele gefährliche Angebote gibt, die versprechen, schnell reich zu werden. Sie will junge Menschen davor schützen und dafür sorgen, dass alle im Internet faire Chancen haben.

Wie will die SPD Internet-Plattformen kontrollieren?

- Die SPD möchte eine neue Behörde gründen, die "Digitale Verbraucherschutzbehörde" heißen soll. Diese Behörde soll alle Geschäfte im Internet überwachen. Sie soll gefährliche Websites sperren können und strenge Regeln für Geschäfte im Internet aufstellen. So will die SPD vor allem junge Menschen schützen.

Was plant die SPD für die Schulen?

- Die SPD möchte ein neues Schulfach einführen. Es soll "Digitale Kompetenz und Finanzbildung" heißen. In diesem Fach sollen Schüler lernen, wie man sicher im Internet surft und mit Geld umgeht. Sie sollen auch lernen, wie man Betrügereien im Internet erkennt. Die SPD glaubt, dass so alle Kinder die gleichen Chancen bekommen, egal wie viel Geld ihre Eltern haben.

Wie will die SPD Bürger einbeziehen?

Die SPD plant "Digitale Bürgerforen". Das sind Treffen, bei denen junge Leute, Eltern, Lehrer und Experten über Gefahren im Internet sprechen können. Sie können dort auch darüber reden, wie man sich schützen kann. Der Staat soll diese Treffen unterstützen.

Wie will die SPD Jugendliche rechtlich schützen?

Die SPD möchte das Jugendschutzgesetz strenger machen. Jugendliche unter 18 Jahren sollen keinen Zugang zu gefährlichen Finanzprodukten oder Geschäften im Internet bekommen. Websites, die sich nicht daran halten, sollen hohe Strafen zahlen. Wenn sie es mehrmals tun, dürfen sie nicht mehr im Internet aktiv sein.

Was will die SPD insgesamt erreichen?

Die SPD möchte, dass der Staat viel tut, um junge Menschen im Internet zu schützen. Sie will:

- Eine neue Behörde gründen, die das Internet überwacht.
- In der Schule beibringen, wie man sicher im Internet surft und mit Geld umgeht.
- Treffen organisieren, bei denen alle über Gefahren im Internet sprechen können.
- Gesetze strenger machen, um Jugendliche zu schützen.

Die SPD glaubt, dass diese Maßnahmen junge Menschen vor Gefahren im Internet schützen und für mehr Gerechtigkeit sorgen.



M3c: Vorbereitung auf die Fishbowl-Diskussion | Grüne

Arbeitsauftrag:



1. Lesen Sie den nachfolgenden Informationstext.
2. Stellen Sie innerhalb Ihrer Gruppe sicher, dass alle die Inhalte des Informationstextes verstanden haben.
3. Notieren Sie die wesentlichen Forderungen der Ihnen zugeordneten Partei.
4. Entscheiden Sie gemeinsam in der Gruppe, wer von Ihnen die Ansichten der Partei im inneren Kreis der Fishbowl-Diskussion vertreten wird.



Informationstext (Network-Navigator):

Einführung

- 5 Bündnis 90/Die Grünen stehen für eine nachhaltige, sozial gerechte und ökologisch verantwortliche Politik. In Bezug auf den Schutz junger Menschen vor den Gefahren des schnellen Geldes im Internet setzen die Grünen auf strenge Regulierungen, umfassende Bildungsmaßnahmen und den Schutz vulnerabler Gruppen. Die Grünen legen besonderen Wert auf den Schutz von Minderjährigen im digitalen Raum und fordern eine verantwortungsvolle Gestaltung der digitalen Wirtschaft.

10 Politische Forderungen und erweiterte Vorschläge

- Die Grünen fordern strikte Regelungen für digitale Plattformen, um junge Menschen vor dubiosen Geschäftsmodellen zu schützen. Ein zentraler Punkt ist die Einführung eines gesetzlichen Mindestalters von 18 Jahren für den Zugang zu hochriskanten Finanzprodukten und Geschäftsmodellen im Internet. Plattformen, die es Minderjährigen ermöglichen, an solchen Angeboten teilzunehmen, sollen mit empfindlichen Geldstrafen belegt werden. Diese Maßnahme soll sicherstellen, dass Jugendliche vor den Risiken des schnellen Geldes im Netz geschützt werden und sich auf ihre Bildung und persönliche Entwicklung konzentrieren können.

- 15 Zusätzlich fordern die Grünen die Einführung von verpflichtenden Altersverifikationssystemen für alle Plattformen, die Finanzprodukte oder Geschäftsmodelle anbieten. Diese Systeme sollen sicherstellen, dass nur volljährige Personen Zugang zu risikobehafteten Angeboten erhalten. Die Grünen sehen hierin einen notwendigen Schritt, um den Jugendschutz im digitalen Raum effektiv zu stärken.

- Ein besonders strikter Vorschlag, der innerhalb der Partei diskutiert wird, ist das Verbot von Bezahlmodellen, die auf Klicks und Reichweite basieren. Die Grünen befürchten, dass solche Modelle junge Menschen dazu verleiten, risikoreiche und ethisch fragwürdige Inhalte zu erstellen, um schnelles Geld zu verdienen. Stattdessen schlagen sie vor, alternative Finanzierungsmodelle für Content Creator zu fördern, die auf Transparenz und ethischer Verantwortung basieren. Diese Idee ist nicht offiziell Teil des Parteiprogramms, könnte jedoch eine radikale Maßnahme zur Eindämmung der Monetarisierung von schädlichen Inhalten darstellen.



- 30 Im Bildungsbereich setzen die Grünen auf eine umfassende Stärkung der Medien- und Finanzkompetenz in Schulen. Die Partei fordert, dass digitale Bildung und ethische Aspekte der Finanzwelt integraler Bestandteil des Lehrplans werden. Ziel ist es, Schülerinnen und Schüler frühzeitig auf die Herausforderungen der digitalen Wirtschaft vorzubereiten und ihnen die notwendigen Werkzeuge an die Hand zu geben, um sich vor betrügerischen Angeboten zu schützen. Die Grünen möchten zudem, dass Schulen in Zusammenarbeit mit NGOs und Experten spezielle Workshops und Projekte anbieten, die das Bewusstsein für die Risiken im Internet schärfen.

- Ein weiteres Thema, das die Grünen besonders betonen, ist die Schaffung sicherer digitaler Räume. Die Partei setzt sich für die Entwicklung und Förderung von Plattformen ein, die den Datenschutz und die Privatsphäre der Nutzerinnen und Nutzer respektieren und gleichzeitig vor betrügerischen Inhalten schützen. Hierzu gehört auch die Förderung von Initiativen, die sich mit der Entwicklung von Schutzmechanismen gegen Online-Betrug und den Missbrauch von Nutzerdaten beschäftigen.

Fazit

- Bündnis 90/Die Grünen setzen auf eine strikte Regulierung und einen starken Schutz von Minderjährigen im digitalen Raum, um junge Menschen vor den Gefahren des schnellen Geldes im Internet zu bewahren. Sie legen besonderen Wert auf Bildungsmaßnahmen und die Schaffung sicherer digitaler Räume. Extreme Maßnahmen wie das Verbot von Bezahlmodellen, die auf Klicks und Reichweite basieren, könnten diskutiert werden, um die Monetarisierung schädlicher Inhalte zu verhindern. Die zentrale Frage „Wie können wir als Gesellschaft junge Menschen besser vor den Gefahren des schnellen Geldes im Netz schützen und welche rechtlichen Rahmenbedingungen sind notwendig, um sie vor dubiosen Geschäftsmodellen zu bewahren?“ beantworten die Grünen mit einem klaren Fokus auf Jugendschutz, strikte Regulierungen und umfassende Bildung.



M3c: Vorbereitung auf die Fishbowl-Diskussion | Grüne

Arbeitsauftrag:



1. Lesen Sie den nachfolgenden Informationstext.
2. Stellen Sie innerhalb Ihrer Gruppe sicher, dass alle die Inhalte des Informationstextes verstanden haben.
3. Notieren Sie die wesentlichen Forderungen Ihrer Partei.
4. Entscheiden Sie gemeinsam in der Gruppe, wer von Ihnen die Ansichten der Partei im inneren Kreis der Fishbowl-Diskussion vertreten, wird.



Informationstext (Pixel Pioneer)

Wer sind die Grünen und wofür stehen sie?

- 5 Die Grünen sind eine Partei, die sich für Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit einsetzt. Sie wollen auch junge Menschen im Internet schützen, besonders vor Angeboten, die schnelles Geld versprechen. Die Grünen möchten, dass das Internet ein sicherer Ort für alle ist.

Wie wollen die Grünen junge Menschen im Internet schützen?

Die Grünen haben mehrere Ideen:

- 10
- Sie wollen, dass man erst ab 18 Jahren gefährliche Finanzgeschäfte im Internet machen darf.
 - Websites, die Geld anbieten, sollen das Alter ihrer Nutzer genau prüfen.
 - Websites, die sich nicht an diese Regeln halten, sollen viel Geld als Strafe zahlen.

Was für neue Ideen haben die Grünen noch?

- 15 Die Grünen denken darüber nach, ob man verbieten sollte, dass Menschen im Internet Geld dafür bekommen, wenn viele Leute ihre Beiträge anklicken. Sie glauben, dass dieses System dazu führt, dass junge Leute gefährliche Dinge tun, um Klicks zu bekommen. Stattdessen wollen sie andere Wege finden, wie Menschen im Internet Geld verdienen können.

Was wollen die Grünen in der Schule ändern?

- 20 Die Grünen möchten, dass Schüler mehr über das Internet und den Umgang mit Geld lernen. Sie wollen:
- Dass diese Themen fester Teil des Unterrichts werden.
 - Dass Schulen besondere Kurse anbieten, die zeigen, wie man sich im Internet schützt.
 - Dass Experten in die Schulen kommen und den Schülerinnen und Schülern von den Gefahren im Internet erzählen.



25 **Was wollen die Grünen sonst noch tun?**

Die Grünen möchten sichere Orte im Internet schaffen. Sie wollen:

-  Websites fördern, die die Daten der Nutzer schützen.
-  Helfen, neue Wege zu finden, wie man Betrug im Internet stoppen kann.
-  Dafür sorgen, dass persönliche Informationen im Internet sicher sind.

30 Was wollen die Grünen insgesamt erreichen?

Die Grünen wollen junge Menschen im Internet gut schützen. Sie möchten:

-  Strenge Regeln für Websites, die Geld anbieten.
-  Dass Jugendliche in der Schule lernen, wie sie sich im Internet schützen können.
-  Sichere Orte im Internet schaffen.

35 Die Grünen glauben, dass diese Maßnahmen junge Menschen vor Gefahren im Internet schützen und ihnen helfen, sicher im Internet zu surfen.



M3d: Vorbereitung auf die Fishbowl-Diskussion | AfD

Arbeitsauftrag:



1. Lesen Sie den nachfolgenden Informationstext.
2. Stellen Sie innerhalb Ihrer Gruppe sicher, dass alle die Inhalte des Informationstextes verstanden haben.
3. Notieren Sie die wesentlichen Forderungen der Ihnen zugeordneten Partei.
4. Entscheiden Sie gemeinsam in der Gruppe, wer von Ihnen die Ansichten der Partei im inneren Kreis der Fishbowl-Diskussion vertreten wird.



Informationstext (Network-Navigator):

Einführung

Die Alternative für Deutschland (AfD) vertritt eine konservative und stark national orientierte politische Haltung, die sich gegen eine übermäßige staatliche Einmischung in das Privat- und Wirtschaftsleben wendet. Im Bereich des Internets und digitaler Geschäftsmodelle plädiert die AfD für eine stärkere Durchsetzung bestehender Gesetze, um die Bürger vor Betrug und dubiosen Geschäftsmodellen zu schützen, ohne dabei die unternehmerische Freiheit übermäßig einzuschränken. Die Partei lehnt eine allumfassende Regulierung ab, setzt jedoch auf die Stärkung der Eigenverantwortung und den Schutz nationaler Interessen.

Politische Forderungen und erweiterte Vorschläge

Ein zentraler Punkt im Programm der AfD ist der Schutz der deutschen Verbraucher durch die konsequente Durchsetzung bestehender nationaler Gesetze. Die AfD fordert, dass Plattformen, die in Deutschland tätig sind, sich an die deutschen Verbraucherschutzgesetze halten müssen, unabhängig davon, wo sie ihren Hauptsitz haben. Ein Vorschlag der AfD ist die Einführung eines "digitalen Wirtschaftsfilters", der dafür sorgt, dass ausländische Anbieter von Finanzprodukten und -dienstleistungen keine Geschäfte mit minderjährigen deutschen Bürgern machen können, sofern sie nicht den deutschen Regelungen entsprechen.

Im Bildungsbereich setzt die AfD auf ein zurückhaltenderes staatliches Engagement als andere Parteien, unterstützt jedoch eine Stärkung der Eigenverantwortung junger Menschen. Sie schlägt vor, das Thema "Finanzielle Bildung" stärker in den Wirtschaftsunterricht zu integrieren, allerdings ohne dies zum Pflichtfach zu machen. Die Partei sieht das Bildungssystem als überlastet an und fordert stattdessen eine stärkere Beteiligung privater Bildungsinitiativen, die gezielte Programme zur digitalen und finanziellen Bildung anbieten.

Die AfD lehnt jede Art von "Massenüberwachung" oder eine allumfassende Kontrolle von Social Media ab. Die Partei betont, dass die persönliche Freiheit und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung gewahrt werden müssen. Allerdings sieht die AfD Handlungsbedarf bei der Bekämpfung von Betrug und Abzocke im Netz. Sie fordert eine drastische Erhöhung der Strafen für Online-Betrüger und möchte eine "Null-Toleranz-Politik" gegenüber digitalen Kriminellen



30 durchsetzen. Dies schließt schnellere und härtere Maßnahmen gegen Betreiber dubioser Geschäftsmodelle ein, insbesondere wenn diese gezielt junge Menschen ansprechen.

Ein extremerer Vorschlag, der nicht im offiziellen Parteiprogramm steht, aber in der Partei diskutiert wird, ist die Einführung einer "nationalen Digitalwährung", um den Einfluss internationaler Finanzstrukturen zu begrenzen. Diese Digitalwährung könnte es den Bürgern ermöglichen, innerhalb Deutschlands sicher zu handeln, ohne den Risiken internationaler dubioser Finanzgeschäfte ausgesetzt zu sein. Dieser Vorschlag zielt darauf ab, nationale Souveränität auch im digitalen Raum zu stärken und Deutschland vor den negativen Auswirkungen globalisierter Finanzmärkte zu schützen.

Fazit

40 Die AfD fokussiert sich auf die Stärkung der nationalen Souveränität und den Schutz der deutschen Verbraucher durch eine härtere Durchsetzung bestehender Gesetze. Die Partei setzt auf eine verstärkte Eigenverantwortung junger Menschen, gepaart mit harten Strafen für Online-Betrüger. Die AfD sieht in der Frage „Wie können wir als Gesellschaft junge Menschen besser vor den Gefahren des schnellen Geldes im Netz schützen und welche rechtlichen Rahmenbedingungen sind notwendig, um sie vor dubiosen Geschäftsmodellen zu bewahren?“ die Notwendigkeit nationaler Kontrolle und starker, gezielter Maßnahmen, ohne jedoch die Freiheit der Bürger und Unternehmen übermäßig einzuschränken..



M3d: Vorbereitung auf die Fishbowl-Diskussion | AfD

Arbeitsauftrag:



1. Lesen Sie den nachfolgenden Informationstext.
2. Stellen Sie innerhalb Ihrer Gruppe sicher, dass alle die Inhalte des Informationstextes verstanden haben.
3. Notieren Sie die wesentlichen Forderungen Ihrer Partei.
4. Entscheiden Sie gemeinsam in der Gruppe, wer von Ihnen die Ansichten der Partei im inneren Kreis der Fishbowl-Diskussion vertreten, wird.



Informationstext (Pixel Pioneer)

Wer ist die AfD und wofür steht sie?

Die AfD ist eine Partei, die sehr für Deutschland eintritt. Sie möchte:

- 5 ☐ Dass der Staat sich nicht zu sehr in das Leben der Menschen einmischt.
- ☐ Dass bestehende Gesetze besser durchgesetzt werden.
- ☐ Dass die Menschen selbst mehr Verantwortung übernehmen.

Bei den Gefahren des schnellen Geldes im Internet will die AfD die Bürger schützen, ohne Unternehmen zu sehr einzuschränken.

10 Wie will die AfD deutsche Verbraucher schützen?

Die AfD hat folgende Ideen:

- ☐ Alle Websites, die in Deutschland Geschäfte machen, müssen sich an deutsche Gesetze halten.
- ☐ Sie möchte einen "digitalen Wirtschaftsfilter" einführen, der verhindert, dass ausländische Anbieter Geschäfte mit Minderjährigen in Deutschland machen

Was möchte die AfD in der Schule ändern?

Die AfD will nicht so viel ändern wie andere Parteien:

- ☐ Sie möchte, dass im Wirtschaftsunterricht mehr über Geld gelernt wird.
- ☐ Sie will kein neues Pflichtfach einführen.
- 20 ☐ Sie möchte, dass private Unternehmen Kurse über Geld und Internet anbieten.

Was sagt die AfD zur Kontrolle im Internet?

Die AfD ist gegen zu viel Kontrolle im Internet:

- ☐ Sie möchte nicht, dass alles überwacht wird.
- ☐ Sie findet, dass die Menschen selbst entscheiden sollen, was sie im Internet machen.
- 25 ☐ Aber sie will hart gegen Betrüger im Internet vorgehen.



Welche besonderen Ideen hat die AfD noch?

Die AfD denkt darüber nach, ob Deutschland eine eigene Internet-Währung haben sollte:

- ☐ Diese Währung soll nur in Deutschland gelten.
- 30 ☐ Sie soll helfen, dass deutsche Bürger sicher Geld im Internet ausgeben können.
- ☐ Sie soll Deutschland vor Problemen aus anderen Ländern schützen.

Was will die AfD insgesamt erreichen?

Die AfD möchte:

- ☐ Dass Deutschland im Internet stärker wird.
- 35 ☐ Dass deutsche Gesetze im Internet besser durchgesetzt werden.
- ☐ Dass junge Menschen lernen, selbst auf sich aufzupassen.
- ☐ Dass Betrüger im Internet hart bestraft, werden.

Die AfD glaubt, dass diese Maßnahmen helfen, Menschen im Internet zu schützen, ohne die Freiheit zu sehr einzuschränken.



M3e: Vorbereitung auf die Fishbowl-Diskussion | FDP

Arbeitsauftrag:



1. Lesen Sie den nachfolgenden Informationstext.
2. Stellen Sie innerhalb Ihrer Gruppe sicher, dass alle die Inhalte des Informationstextes verstanden haben.
3. Notieren Sie die wesentlichen Forderungen der Ihnen zugeordneten Partei.
4. Entscheiden Sie gemeinsam in der Gruppe, wer von Ihnen die Ansichten der Partei im inneren Kreis der Fishbowl-Diskussion vertreten wird.



Informationstext (Network-Navigator):

Einführung

- Die FDP steht für Freiheit, Selbstbestimmung und Eigenverantwortung. Im Bereich des digitalen Raumes und in Bezug auf die Gefahren des schnellen Geldes im Internet setzt die FDP auf eine Mischung aus individueller Freiheit und staatlicher Schutzfunktion, ohne die persönliche Entscheidungsfreiheit der Bürger übermäßig einzuschränken. Der Schwerpunkt der Partei liegt auf der Stärkung der persönlichen Kompetenzen der Bürger, insbesondere der jungen Menschen, um sie in die Lage zu versetzen, eigenständig fundierte Entscheidungen zu treffen und die Chancen der digitalen Welt zu nutzen, ohne Opfer von Betrug und dubiosen Geschäftsmodellen zu werden.

Politische Forderungen und erweiterte Vorschläge

- Ein zentraler Punkt der FDP ist die Förderung der wirtschaftlichen und digitalen Bildung. Die FDP fordert die Einführung des Faches "Finanzen und Wirtschaft" an allen Schulen. In diesem Fach sollen Schülerinnen und Schüler praxisnah die Grundlagen der Finanzwelt, den Umgang mit Geld und den Umgang mit digitalen Geschäftsmodellen lernen. Ein besonderer Fokus soll dabei auf der kritischen Bewertung von Angeboten wie Kryptowährungen, Daytrading, Dropshipping und anderen potenziell riskanten Online-Geschäftsmodellen liegen. Die FDP ist der Ansicht, dass umfassende Bildung der beste Schutz vor finanzieller Ausbeutung und Manipulation ist.
- Im Bereich der staatlichen Regulierung setzt die FDP auf eine ausgewogene Balance. Die FDP befürwortet eine staatliche Überwachung von Plattformen, die dubiose Geschäftsmodelle fördern, spricht sich jedoch gegen eine Überregulierung und gegen Maßnahmen aus, die die Freiheit und Innovationskraft im digitalen Raum ersticken könnten. Stattdessen fordert die FDP Transparenzpflichten für Plattformen und Anbieter, die durch gezielte Aufklärung und Informationen sicherstellen sollen, dass die Nutzer genau wissen, mit welchen Risiken sie konfrontiert sind. Eine extreme Maßnahme, die die FDP diskutiert, jedoch noch nicht in ihr Programm aufgenommen hat, ist die Einführung eines Warnsystems auf Plattformen wie YouTube oder Instagram. Dieses System soll bei Inhalten, die schnelle Gewinne ohne ausreichende Transparenz versprechen, Warnhinweise einblenden, ähnlich wie es bei Glücksspielwerbung der Fall ist.



- 30 Die FDP setzt sich auch für eine Stärkung der Verbraucherrechte ein. Sie plädiert dafür, dass Verträge, die über dubiose Online-Angebote abgeschlossen werden, leichter anfechtbar und wider-
rufbar gemacht werden sollen, insbesondere wenn sie von minderjährigen oder unerfahrenen
Nutzern abgeschlossen wurden. Hierbei soll das Verbraucherschutzrecht dahingehend erweitert
werden, dass solche Geschäfte als sittenwidrig betrachtet werden können, wenn sie eindeutig
35 darauf abzielen, Menschen in eine finanzielle Falle zu locken.

Ein weiterer Aspekt der FDP-Politik ist die Förderung von Innovationen und technischen Lösun-
gen zum Schutz vor dubiosen Geschäftsmodellen. Die FDP unterstützt die Entwicklung von KI-
gestützten Algorithmen, die automatisch betrügerische Angebote und Systeme erkennen und
blockieren können. Auch die Idee einer „Verbraucher-Scoring-App“ wird von der FDP diskutiert.
40 Diese App könnte Nutzern dabei helfen, die Vertrauenswürdigkeit von Angeboten einzuschätzen,
indem sie Erfahrungsberichte, Bewertungen und andere relevante Daten zusammenführt und
auswertet.

Fazit

- Die FDP setzt auf Eigenverantwortung, Bildung und technologiegestützte Lösungen, um junge
45 Menschen vor den Gefahren des schnellen Geldes im Internet zu schützen. Dabei spielt die Ver-
mittlung von Finanz- und Wirtschaftskompetenzen eine zentrale Rolle. Die Partei strebt eine Ba-
lance zwischen der Freiheit des digitalen Marktes und der notwendigen Regulierung an, um Ver-
braucher zu schützen, ohne den Innovationsgeist zu bremsen. Die Frage „Wie können wir als
Gesellschaft junge Menschen besser vor den Gefahren des schnellen Geldes im Netz schützen
50 und welche rechtlichen Rahmenbedingungen sind notwendig, um sie vor dubiosen Geschäfts-
modellen zu bewahren?“ beantwortet die FDP mit einer klaren Betonung auf Bildung, Transpa-
renz und technologischen Fortschritt als Hauptsäulen des Schutzes und der Stärkung der Selbst-
bestimmung.



M3e: Vorbereitung auf die Fishbowl-Diskussion | FDP

Arbeitsauftrag:



1. Lesen Sie den nachfolgenden Informationstext.
2. Stellen Sie innerhalb Ihrer Gruppe sicher, dass alle die Inhalte des Informationstextes verstanden haben.
3. Notieren Sie die wesentlichen Forderungen Ihrer Partei.
4. Entscheiden Sie gemeinsam in der Gruppe, wer von Ihnen die Ansichten der Partei im inneren Kreis der Fishbowl-Diskussion vertreten wird.



Informationstext (Pixel Pioneer)

Wer ist die FDP und wofür steht sie?

Die FDP ist eine Partei, die für Freiheit und Selbstbestimmung steht. Sie möchte:

- 5 ☐ Dass Menschen selbst entscheiden können.
- ☐ Dass der Staat die Menschen schützt, ohne zu viel zu verbieten.
- ☐ Dass besonders junge Menschen lernen, kluge Entscheidungen zu treffen.

Bei den Gefahren des schnellen Geldes im Internet will die FDP, dass die Menschen lernen, sich selbst zu schützen.

10 Was möchte die FDP in der Schule ändern?

Die FDP will ein neues Schulfach einführen. Es soll "Finanzen und Wirtschaft" heißen. In diesem Fach sollen Schüler lernen:

- ☐ Wie man mit Geld umgeht.
- ☐ Wie das Internet-Geschäft funktioniert.
- 15 ☐ Wie man gefährliche Angebote im Internet erkennt.

Die FDP glaubt, dass Bildung der beste Schutz vor Betrug ist.

Wie will die FDP Internet-Plattformen kontrollieren?

Die FDP möchte nicht zu viele Regeln für Internet-Plattformen. Stattdessen will sie:

- ☐ Dass der Staat gefährliche Websites beobachtet.
- 20 ☐ Dass Websites offen sagen müssen, wie sie arbeiten.
- ☐ Dass es vielleicht Warnungen gibt, wenn etwas gefährlich sein könnte.



Wie will die FDP Verbraucher schützen?

Die FDP möchte, dass Menschen besser geschützt sind, wenn sie im Internet etwas kaufen:

- 25  Es soll leichter sein, aus einem Vertrag wieder rauszukommen.
-  Besonders junge Menschen sollen besser geschützt werden.
-  Verträge, die Menschen in eine Schuldenfalle locken, sollen verboten werden.

Welche technischen Lösungen schlägt die FDP vor?

Die FDP möchte neue technische Lösungen fördern:

- 30  Computer-Programme, die Betrüger im Internet finden.
-  Eine App, die zeigt, ob man einer Website vertrauen kann.

Was will die FDP insgesamt erreichen?

Die FDP möchte:

-  Dass Menschen in der Schule lernen, wie sie sich im Internet schützen.
- 35  Dass es nicht zu viele Regeln gibt, aber trotzdem Schutz.
-  Dass neue Technik hilft, Gefahren zu erkennen.
-  Dass Menschen selbst entscheiden können, aber gut informiert sind.

Die FDP glaubt, dass Menschen so am besten lernen, sicher im Internet zu surfen und mit Geld umzugehen.



M3f: Vorbereitung auf die Fishbowl-Diskussion | die Linke

Arbeitsauftrag:



1. Lesen Sie den nachfolgenden Informationstext
2. Stellen Sie innerhalb Ihrer Gruppe sicher, dass alle die Inhalte des Informationstextes verstanden haben.
3. Notieren Sie die wesentlichen Forderungen der Ihnen zugeordneten Partei.
4. Entscheiden Sie gemeinsam in der Gruppe, wer von Ihnen die Ansichten der Partei im inneren Kreis der Fishbowl-Diskussion vertreten wird.



Informationstext (Network-Navigator):

Einführung

- Die Linke vertritt eine stark regulierende Position, die sich vor allem gegen die wirtschaftliche Ausbeutung von Menschen richtet. Ihr zentrales Ziel ist es, soziale Ungleichheiten abzubauen und den Einfluss großer Konzerne zu begrenzen. Im Kontext des schnellen Geldes im Internet sieht die Linke insbesondere die Gefahr, dass junge Menschen und einkommensschwache Gruppen Opfer dubioser Geschäftsmodelle werden. Daher fordert die Partei eine strenge staatliche Regulierung von Plattformen und eine umfassende Kontrolle von Finanz- und Geschäftspraktiken im digitalen Raum.

Politische Forderungen und erweiterte Vorschläge

- Die Linke fordert eine drastische Regulierung der Plattformen, auf denen dubiose Geschäftsmodelle wie Schneeballsysteme, Trading-Gruppen und fragwürdige Online-Kurse verbreitet werden. Die Partei möchte eine staatliche Aufsichtsbehörde schaffen, die in der Lage ist, solche Angebote rigoros zu kontrollieren und im Zweifel sofort zu sperren. Plattformen, die es versäumen, betrügerische Angebote zu verhindern, sollen mit hohen Bußgeldern belegt werden. Die Linke geht hier noch weiter und schlägt als extreme Maßnahme vor, die Monetarisierung von Klicks und Reichweiten durch Plattformen komplett zu verbieten, um Anreize für manipulative Geschäftsmodelle zu eliminieren. Dieser Vorschlag ist allerdings keine offizielle Position der Partei, sondern eine mögliche Idee zur radikalen Bekämpfung der Ausbeutung im digitalen Raum.

Verbot von bestimmten Online-Geschäftsmodellen

- Die Linke fordert ein generelles Verbot von besonders riskanten und ausbeuterischen Geschäftsmodellen im Internet, wie z.B. von Schneeballsystemen oder hochspekulativen Finanzprodukten, die gezielt an unerfahrene junge Menschen vermarktet werden. Dieses Verbot soll durch klare gesetzliche Regelungen und scharfe Sanktionen durchgesetzt werden. Plattformen, die weiterhin solche Modelle verbreiten, sollen ihre Lizenz verlieren und in schwerwiegenden Fällen ganz gesperrt werden. Als weitere Idee fordert die Linke, dass Unternehmen, die derartige Produkte anbieten, dazu verpflichtet werden, einen staatlichen Fonds für die Entschädigung von geschädigten Verbrauchern einzurichten.



30 **Kostenfreie digitale Bildungsangebote**

Bildung ist für die Linke ein zentrales Thema im Kampf gegen wirtschaftliche Ausbeutung. Die Partei fordert daher, dass digitale Bildungsangebote zu Themen wie Finanzkompetenz und Medienkritik kostenfrei und für alle zugänglich gemacht werden. Diese Angebote sollen von öffentlichen Institutionen finanziert und bereitgestellt werden, um sicherzustellen, dass alle jungen Menschen eine Chance haben, die Risiken des Internets zu verstehen. Dies könnte z.B. über staatliche Bildungsplattformen geschehen, die unabhängig von kommerziellen Interessen agieren.

Verbot von Monetarisierung durch Influencer bei Minderjährigen

Als extreme Maßnahme schlägt die Linke vor, dass alle Geschäftsmodelle, bei denen Influencer mit der direkten Ansprache von Minderjährigen Geld verdienen, einer strengen Prüfung unterzogen werden. Im Idealfall sollen solche monetären Geschäftsmodelle, die sich auf eine junge Zielgruppe konzentrieren, komplett verboten werden, um die Ausbeutung von minderjährigen Verbrauchern zu verhindern. Die Partei argumentiert, dass die Beeinflussung durch monetär motivierte Inhalte zu einer Konsumhaltung führt, die der sozialen und finanziellen Realität junger Menschen widerspricht.

45 **Fazit**

Die Linke setzt auf radikale Maßnahmen, um junge Menschen vor den Gefahren des schnellen Geldes im Internet zu schützen. Sie plädiert für eine starke staatliche Regulierung von Plattformen und Geschäftsmodellen sowie für weitreichende gesetzliche Verbote von dubiosen Praktiken im digitalen Raum. Im Gegensatz zu anderen Parteien, die auf Bildungsinitiativen und Aufklärung setzen, strebt die Linke eine strukturelle Veränderung des digitalen Wirtschaftssystems an. Durch die Einschränkung der Monetarisierung und die Einführung kostenloser Bildungsangebote möchte die Partei langfristig soziale Gerechtigkeit und Verbraucherschutz stärken. Die zentrale Frage „Wie können wir als Gesellschaft junge Menschen besser vor den Gefahren des schnellen Geldes im Netz schützen und welche rechtlichen Rahmenbedingungen sind notwendig, um sie vor dubiosen Geschäftsmodellen zu bewahren?“ beantwortet die Linke mit einer klaren Forderung nach starken staatlichen Eingriffen und dem Verbot gefährlicher Geschäftsmodelle..



M3f: Vorbereitung auf die Fishbowl-Diskussion | die Linke

Arbeitsauftrag:



1. Lesen Sie den nachfolgenden Informationstext.
2. Stellen Sie innerhalb Ihrer Gruppe sicher, dass alle die Inhalte des Informationstextes verstanden haben.
3. Notieren Sie die wesentlichen Forderungen Ihrer Partei.
4. Entscheiden Sie gemeinsam in der Gruppe, wer von Ihnen die Ansichten der Partei im inneren Kreis der Fishbowl-Diskussion vertreten wird.



Informationstext (Pixel Pioneer)

Wer ist Die Linke und wofür steht sie?

Die Linke ist eine Partei, die Menschen vor Ausbeutung schützen will. Sie möchte:

- 5 ☐ Dass es weniger Unterschiede zwischen Arm und Reich gibt.
- ☐ Dass große Firmen nicht zu viel Macht haben.
- ☐ Dass der Staat strenge Regeln macht, besonders im Internet.

Die Linke sorgt sich, dass junge Menschen und Menschen mit wenig Geld im Internet betrogen werden könnten.

10 Wie will Die Linke Internet-Plattformen kontrollieren?

Die Linke hat strenge Ideen für Internet-Plattformen:

- ☐ Eine neue staatliche Behörde soll alle Angebote im Internet prüfen.
- ☐ Gefährliche Angebote sollen sofort gesperrt werden.
- ☐ Plattformen, die nicht aufpassen, sollen viel Geld bezahlen müssen.
- 15 ☐ Die Linke denkt darüber nach, ob Plattformen kein Geld mehr mit Klicks verdienen dürfen.

Welche Geschäfte im Internet will Die Linke verbieten?

Die Linke möchte viele gefährliche Geschäfte im Internet verbieten:

- ☐ Geschäfte, bei denen man schnell viel Geld verlieren kann.
- 20 ☐ Geschäfte, die besonders junge Leute anlocken und betrügen.
- ☐ Firmen, die solche Geschäfte machen, sollen bestraft werden.
- ☐ Diese Firmen sollen Geld zurückgeben an Menschen, die sie betrogen haben.



Was möchte Die Linke für die Bildung tun?

25 Die Linke findet Bildung sehr wichtig:

-  Sie möchte, dass alle kostenlos lernen können, wie man sicher im Internet surft
-  Der Staat soll diese Kurse bezahlen.
-  Jeder soll lernen können, wie man mit Geld umgeht und Gefahren im Internet erkennt

Was sagt Die Linke zu Influencern?

30 Die Linke hat strenge Ideen zu Influencern:

-  Sie möchte prüfen, ob Influencer Geld verdienen dürfen, indem sie mit Kindern und Jugendlichen sprechen.
-  Am liebsten würde sie verbieten, dass Influencer Geld verdienen, wenn sie Dinge für Kinder und Jugendliche bewerben.

35  Sie denkt, dass Kinder und Jugendliche so zu viel zum Kaufen angeregt werden.

Was will Die Linke insgesamt erreichen?

Die Linke möchte:

-  Dass der Staat streng kontrolliert, was im Internet passiert
-  Dass gefährliche Geschäfte im Internet verboten werden.
- 40  Dass alle Menschen lernen können, wie man sicher im Internet surft.
-  Dass besonders Kinder und Jugendliche vor Gefahren im Internet geschützt werden.

Die Linke glaubt, dass diese strengen Regeln nötig sind, um alle Menschen, besonders junge Leute, im Internet zu schützen.